

---

## Dokumentation

Reden bei den DGB-Kundgebungen am  
23. Oktober 1982 (Auszüge)

---

Ernst Breit (Vorsitzender des DGB) bei der Veranstaltung der DGB-Landesbezirke Hessen und Rheinland-Pfalz in Frankfurt a. M.

[...]

Vor wenigen Tagen hat die neue Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung ein Dringlichkeitsprogramm verkündet. Das Programm sagt: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Sicherung des sozialen Netzes sollen Vorrang haben. Dazu sagen wir Gewerkschafter: Jede Regierung, die diesen Aufgaben auch in ihrer Politik gerecht wird, kann mit unserer Unterstützung rechnen. Wenn ich allerdings das vorgelegte Regierungsprogramm vor dem Hintergrund dieser Ziele prüfe, so komme ich zu dem Ergebnis: Die geplanten Maßnahmen werden diesen Aufgaben nicht gerecht. Im Gegenteil: Sie sind unsozial und beschäftigungspolitisch verfehlt.

Unsozial sind die Vorschläge, weil die Steuer- und Abgabenerhöhungen, weil die Eingriffe ins soziale Netz die sozial Schwachen hart treffen. Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kranke, Rentner, Schüler und Studenten sollen die Hauptlast der Folgen von Wirtschafts- und Beschäftigungskrise tragen. Das einzige, was die Bundesregierung zu dem Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ anzubieten hat, ist die Zwangsanleihe für die Bezieher hoher Einkommen. Dazu sage ich offen: Diese Zwangsanleihe ist nichts

weiter als Heuchelei. Denn während die Arbeitnehmer durch höhere Abgaben und Steuern und die sozial Schwachen durch niedrigere Sozialleistungen dauerhaft belastet werden, soll die Zwangsanleihe zurückgezahlt werden.

Das heißt im Klartext: Denen, die haben, soll vorübergehend genommen und dann wieder gegeben werden. Denen aber, die sozial schwach sind, soll genommen und immer wieder genommen werden.

Unzumutbar ist, daß die Regelsätze für die Sozialhilfe gekürzt werden sollen; den Ärmsten unserer Gesellschaft wird dadurch zusätzlich noch einmal in die Tasche gegriffen. Untragbar ist, daß ausgerechnet die Rentenansprüche der Arbeitslosen noch stärker als ohnehin schon vorgesehen verringert werden. Die Arbeitslosen sollen also doppelt büßen: heute mit Einkommensverlusten, Jahre später mit niedrigeren Renten. Und untragbar ist drittens: Die Rentenanpassungen sollen um ein halbes Jahr verschoben und zugleich soll der Krankenversicherungsbeitrag für Rentner eingeführt werden. Bei steigenden Preisen heißt dies: Der Lebensstandard der Rentner wird sich verschlechtern.

Ein weiteres: Es mag für den einen oder anderen populär klingen, die Ausbildungsförderung für Schüler drastisch einzuschränken und für Studenten in ein Darlehen umzuwandeln. Wir Arbeitnehmer wissen aber, daß es unsere Söhne und Töchter sind, die auf die Ausbil-

dungsförderung angewiesen sind. Schränkt die neue Bundesregierung diese Förderung empfindlich ein, dann besteht die Gefahr, daß die Bildungswilligkeit der Kinder von Arbeitnehmern vor der geschmälernten Haushaltskasse der Eltern kapituliert. Das ist Bildungspolitik, wie wir sie nicht wollen! Das ist Bildungspolitik gegen die Arbeitnehmer und ihre Kinder!

Zurück zur Sozialpolitik: Sozialpolitisch werden nicht nur Leistungen eingeschränkt, sondern auch bewährte Prinzipien auf den Kopf gestellt: Eigenbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt dämpft die Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht, wenn Ärzte, Zahnärzte und die pharmazeutische Industrie nach wie vor die Kosten in die Höhe treiben können. Wer sagt denen eigentlich den Kampf an? Fromme Wünsche und freundliche Appelle genügen da nicht. Eines allerdings bewirkt die Eigenbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt: Sie stellt bewährte Prinzipien wie das Solidar- und Sachleistungsprinzip in Frage. Für die Gegner unseres Systems der sozialen Sicherheit ist das propagandistisches Futter in die ideologischen Krippen. Sollte das so beabsichtigt sein, dann fürchte ich in der Tat um den sozialen Frieden in unserem Land!

[...]

Die Karenztage bei Lohnfortzahlung hat dieser Wirtschaftsminister und dieser Minister für die Wirtschaft immer noch als Plan in der Schublade; die Frage ist nur, wann Herr Dr. Kohl und Arbeitsminister Blüm weich werden. Die Gewerkschaften haben ihre Position zu den Vorstellungen dieser Pendler- und Wackelpartei namens FDP mehrfach deutlich gemacht, und ich bin froh, heute hier in Hessen zu sprechen, in einem Land, in dem vor wenigen Wochen die Bürger diesen Wacklern und Pendlern die einzig richtige Quittung verpaßt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entgegen den bewährten Verfahrensweisen will die Bundesregierung die Erhöhung der Beamtgehälter schon jetzt für 1983 gesetzlich festlegen. Das heißt: Die im Frühjahr nächsten Jahres fälligen Tarifverhandlungen sollen vorprogrammiert werden, ohne daß im geringsten abzusehen ist, wie sich die Preise entwickeln werden. Das lehnen wir ab. Lohnleitlinien — und seien sie noch so verdeckt ins Regierungsprogramm hineingeschmuggelt — verstoßen gegen die Tarifautonomie. Und unsere Tarifautonomie werden wir verteidigen - mit Klauen und Zähnen! Das sollte auch der neue Arbeitsminister wissen, der unüberlegt mit unverantwortlichen Redensarten von einer „Lohnpause“ hausieren geht und damit selbst bei Arbeitgebern nur Achselzucken hervorruft. Ich empfehle Norbert Blüm eine Denkpause, bevor er weiter über eine „Lohnpause“ redet.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! „Lohnpause“, „Atempause in der Sozialpolitik“ — diese Schlagworte und Programmpunkte sind nicht nur tarif- und sozialpolitisch Gefahren Nummer eins. Diese Schlagworte und Programmpunkte sind auch deswegen besonders gefährlich, weil die neue Regierung den Eindruck zu erwecken versucht, durch Lohnverzicht und Sozialabbau könnte die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Mit Verlaub gesagt: Das ist Dummenfang übelster Sorte!

Aber das ist noch etwas anderes, etwas noch viel Schlimmeres: Das ist der Versuch, sozialstaatliche Leistungen und die Lohnpolitik der Gewerkschaften als die eigentlichen Ursachen von Wirtschafts- und Beschäftigungskrise abzustempeln. Das Rezept, das daraus folgt, ist denkbar einfach: Schränken wir doch sozialstaatliche Leistungen ein, treffen wir doch ruhig den Sozialstaat in seinem Kern, dann schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe: Wir erhöhen die Ge-

winne der Unternehmer, und wir befreien den Bundeshaushalt vom lästigen Ballast sozialer Ausgaben. Das, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist nichts anderes als Umverteilung von unten nach oben. Das lehnen wir ab!

Das lehnen wir nicht nur der sozialen Ungerechtigkeit wegen ab; das lehnen wir auch deswegen ab, weil wir wissen: Durch Lohnverzicht und Sozialabbau wird kein einziger Arbeitsplatz mehr geschaffen. Die Wahrheit ist nämlich: Umverteilung von unten nach oben schränkt unten die Kaufkraft ein und führt oben zu mehr Geld auf den Sparkonten. Und die Wahrheit ist weiter: Mehr Geld auf den Sparkonten der Vermögenden fließt ins Ausland ab, wird dort hoch verzinst und fehlt unserer Volkswirtschaft bei der Nachfrage und bei den Investitionen.

[...]

Wir haben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein gezieltes öffentliches Beschäftigungs- und Arbeitsmarktprogramm vorgeschlagen, das eben genau das vermeiden will, was jetzt als Gefahr ins Haus steht: das Kaputtsparen der Wirtschaft. Unser Beschäftigungs- und Arbeitsmarktprogramm kommt dringendem gesellschaftlichen Bedarf wie dem Wohnungsbau in Ballungszentren, dem Umweltschutz und der Förderung des Personennahverkehrs entgegen und ist außerdem darauf ausgerichtet, die Abhängigkeit der Wirtschaft von importierten Energieträgern wie dem Öl weiter zu verringern.

Nicht nur gesellschaftlicher Bedarf spielt eine Rolle, wir meinen außerdem: Der Staat darf sich unter keinen Umständen aus seiner beschäftigungspolitischen Mitverantwortung zurückziehen. Und wir sagen: Der Staat handelt fahrlässig, wenn er in Sachen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lediglich auf das Prinzip der Hoffnung setzt, auf die Hoff-

nung nämlich, daß die Marktwirtschaft alleine, ohne staatliches Investitionsprogramm also, in der Lage sei, die Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers weist nicht nur Widersprüche auf, sie bleibt auch teilweise im Unverbindlichen hängen und schweigt sich ganz und gar aus, wo es notwendig wäre, deutlich Positionen zu beziehen. Die Regierungserklärung bleibt im Unverbindlichen hängen: zum Beispiel in Sachen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Das einzig Konkrete, was die Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorzuschlagen hat, ist die Zusage an die Arbeitgeber, die von ihnen als ausbildungshemmend bezeichneten Vorschriften zum Schutz der Auszubildenden abzubauen. Das aber ist keineswegs eine Gewähr für mehr Ausbildungsplätze; das ist vielmehr ein Freibrief für die Verschlechterung der Ausbildungsverhältnisse.

Die Regierungserklärung bleibt Antworten schuldig, die Regierungserklärung schweigt sich aus, zum Beispiel in Sachen Humanisierung der Arbeit. Für uns bleibt es dabei: Auch in Zeiten andauernder Wirtschafts- und Beschäftigungskrise ist für uns das Thema der Humanisierung der Arbeit nicht vom Tisch.

Die Regierungserklärung schweigt sich aus: zum Beispiel in Sachen Arbeitszeitverkürzung. Ich meine, es hätte der neuen Bundesregierung gut angestanden, zu erklären: Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Arbeitszeitverkürzung einer der möglichen Wege.

[...]

Die Regierungserklärung bleibt Antworten schuldig, die Regierungserklärung schweigt sich aus: zum Beispiel zum Thema Mitbestimmung. Kolleginnen

und Kollegen, der DGB wird jede Bundesregierung auch daran messen, ob sie die gewerkschaftlichen Forderungen zur Mitbestimmung zu ihrer Sache machen will.

[...]

Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, rufe ich dazu auf, die Mitbestimmungsinitiative des DGB mit aller Kraft zu unterstützen. Die Parteien müssen wissen: Die Wahlentscheidungen der Arbeitnehmer werden auch davon abhängen, in welchem Ausmaß sich die Parteien für die Verwirklichung unserer Mitbestimmungsforderungen einsetzen.

Kolleginnen und Kollegen, der neue Bundeskanzler hat es als vordringliche Aufgabe bezeichnet, die Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu erneuern. Der DGB stellt fest: Für eine Erneuerung der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es keinen Anlaß.

Es gehört zu den historischen Leistungen der sozial-liberalen Koalition, die Grundlagen für eine Aussöhnung und eine Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Völkern und Staaten sowie für eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR geschaffen zu haben. Es bleibt dabei: Auf dieser Grundlage konnte und kann sich der Entspannungsprozeß in Europa entwickeln. Entspannung und Abrüstung — dies sind zwei wesentliche Prüfsteine, an denen wir die Außen- und Sicherheitspolitik jeder Bundesregierung messen werden.

[...]

Kolleginnen und Kollegen, wir demonstrieren am heutigen Tage, um unsere Forderung machtvoll zum Ausdruck zu bringen: Auch und gerade in der Zeit einer Wirtschaftskrise muß die Politik der Reformen fortgesetzt werden. Die von der FDP seit langem betriebene konservative Wende in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik darf nicht Wirklichkeit werden.

bene konservative Wende in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik darf nicht Wirklichkeit werden.

[...]

Eugen Loderer  
(1. Vorsitzender der IG Metall)  
bei der Veranstaltung des  
DGB-Landesbezirks Bayern in  
Nürnberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die organisierten Arbeitnehmer dieses Landes protestieren heute gegen Rotstiftpolitik und soziale Demontage. Unsere Aktionen wurden beschlossen zu Zeiten der Regierung Schmidt/Genscher. Sie finden statt unter einer Regierung Kohl/Genscher. Das unterstreicht: Wir waren niemals Wasserträger der Politik. Wir werden niemals Steigbügelhalter der Restauration.

[...]

Wir lassen uns nicht wegnehmen, was in den letzten 13 Jahren unter dem entscheidenden Einfluß der SPD an gesellschaftspolitischen Zeichen gesetzt wurde.

Dazu gehören:

- die gesetzliche Lohnfortzahlung für Arbeiter,
- die Reform der Betriebsverfassung,
- der verbesserte Kündigungsschutz für Mieter,
- der Ausbau der Sparförderung,
- mehr Wohngeld und mehr Kindergeld,
- bessere Sozialleistungen,
- gesetzlicher Mutterschaftsurlaub und
- ein Programm für Zukunftsinvestitionen.

Trotzdem haben wir offene Kritik an der Operation '82 geübt und offenen Protest an der geplanten Operation '83

angemeldet. Wir dürfen die Leistungen der alten Regierung nicht vergessen, wenn es um die Bewertung der neuen Alternativen geht.

An der Wiege der neuen Koalition stand die Mißachtung des Wählerauftrages nach Genscher-Manier und der Tiefschlag gegen den Sozialstaatsauftrag im Lamsdorff-Papier. Wenn sich die kleinen Leute dagegen wehren, dann wird ihnen Anspruchs- und Besitzstandsdenken vorgeworfen. Wenn aber die Großverdiener absahnen, dann heißt dies Investitionsförderung und Leistungsanreiz. Wenn Arbeitslose ihre Unterstützung abholen, wird ihnen Mißbrauch der Versicherungsgemeinschaft unterstellt. Wenn aber die Unternehmer Subventions- und Steuerschwindel treiben, dann wird dies als Kavaliersdelikt und Mitnehmereffekt verniedlicht. So wird mit der Sprache Schindluder getrieben, um Stimmung gegen uns Arbeitnehmer zu machen.

[...]

Die gegenwärtige Arbeitslosenzahl bedeutet menschliches Leid in Millionen Familien. Keine Regierung darf sich darüber einfach hinwegsetzen. Eine Arbeitslosenzahl an der Zwei-Millionengrenze bedeutet den Verzicht auf nützliche Produkte und soziale Dienste in einer Größenordnung von 100 Milliarden D-Mark. Kein Land der Welt ist reich genug, um sich diese ungeheure Verschwendung zu leisten.

In der herrschenden Wirtschaftsordnung entscheiden Unternehmer über Produktion und Preise, über Investitionen und Arbeitsplätze. Dieses Privileg verteidigen sie mit Klauen und Zähnen. In der herrschenden Wirtschaftsordnung haben die Unternehmer aber auch umfassende Pflichten aus der Sozialbindung des Eigentums. Zu deren Einhaltung sind sie nicht bereit.

Das beweisen die bitteren Erfahrungen der Arbeitnehmer auch und gerade bei AEG. Dort ist ein Großunternehmen durch Fehlleistungen des Managements und durch Fehlverhalten der Banken in die Krise getrieben worden. Dort ist ein privatwirtschaftliches Sanierungsverfahren kläglich gescheitert und der Vergleichsantrag erst durch öffentliche Bürgschaften in Milliardenhöhe ermöglicht worden. Das Ergebnis ist der vollzogene Verlust von mehr als 30000 Arbeitsplätzen in der Vergangenheit und der drohende Verlust von 20000 Arbeitsplätzen in der absehbaren Zukunft.

Unsere bisherigen Proteste sind auf taube Ohren gestoßen. Deswegen fordern wir:

- Beschäftigungsaufgaben für die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel;
- gesellschaftliche Strukturkonzepte für Krisenbranchen wie Hausgeräte und Unterhaltungselektronik;
- Sanierung nicht durch die Vernichtung, sondern durch den Erhalt von Arbeitsplätzen;
- Sanierung nicht im Interesse des Kapitals, sondern im Interesse der Arbeitnehmer.

[...]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch unsere autonomen tarifpolitischen Aktivitäten wollen wir im Kampf gegen die Beschäftigungskrise selbst einen Beitrag leisten. Das soll in der kommenden Tarifbewegung durch den Kampf um die Sicherung der Realeinkommen, um den Ausgleich der Preissteigerungsrate geschehen. Es wird keine Lohnpause geben.

Das soll in der Zeit danach durch den Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit geschehen. Es darf nicht bei der 40-Stunden-Woche bleiben. Es ist unerträglich, daß sich der eine Teil der Arbeitnehmer in den Betrieben kaputt-

schufftet und der andere Teil der Arbeitnehmer auf die Straße fliegt. Die vorhandene Arbeit muß gerechter verteilt werden. Deswegen werden wir den Angriff auf ein zentrales Tabu des gesamten deutschen Arbeitgeberlagers wagen.

[...]

Wir wollen die versprochenen Neuwahlen. Für die Zusammensetzung der Bonner Regierung darf nicht der Mutwillen weniger Politiker maßgebend sein. Für die Richtung der Bonner Politik muß der Wille des ganzen Volkes ausschlaggebend sein.

[...]

**Rudolf Judith (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall) bei der Veranstaltung des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen in Dortmund:**

[...]

Gefordert ist ... eine staatliche Strukturpolitik, eine vorausschauende Strukturpolitik im Interesse der Arbeitnehmer. Eine solche Politik erfordert ein Konzept gesellschaftlicher Reformen. Dazu gehört die Unantastbarkeit der Koalitionsfreiheit, des Streikrechts und der Tarifautonomie. Dazu gehört eine volkswirtschaftliche Rahmenplanung. Dazu gehört die Investitionslenkung ebenso wie die Überführung von Schlüsselindustrie und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.

Eine solche Konzeption gesellschaftlicher Reformen muß begleitet sein durch die Demokratisierung der wirtschaftlichen Verfügungsmacht, durch

die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen der Wirtschaft.

Bei der Mitbestimmungsfrage geht es immer wieder um die gleiche gesellschaftspolitische Machtfrage: Demokratisierung der Wirtschaft oder Zementierung der Unternehmerherrschaft.

Die Unternehmer haben den Karren in den Dreck gefahren. Wenn die Arbeitnehmer den Karren wieder aus dem Dreck ziehen sollen, haben sie auch Anspruch darauf mitzubestimmen, in welche Richtung und mit welcher Geschwindigkeit der Karren gezogen wird.

Die Unternehmerwirtschaft hat sich zur Lösung existentieller Probleme als untauglich erwiesen. Deswegen brauchen wir mehr Kontrolle und mehr Demokratie in der Wirtschaft.

Die Unternehmen müssen viel stärker als bisher auf soziale und gesellschaftliche Belange verpflichtet werden. Die Unternehmen müssen viel stärker als bisher in regionale Strukturkonzepte eingebunden werden. Das sehen wir am Beispiel der Stahlindustrie in diesem Lande. Das zeigt das Beispiel Dortmund. Hier kämpfen die Kolleginnen und Kollegen bei Hoesch um den Bau eines neuen Stahlwerks. Damit kämpfen sie nicht nur um den Erhalt der Stahlbasis in Dortmund, sie kämpfen für die Lebensfähigkeit ihrer Stadt und dieser Region.

Wir sind solidarisch mit ihrem Kampf. Wir unterstützen die Forderung: Hier dürfen — wie auch anderswo — nicht nur Arbeitsplätze abgebaut werden, sondern es müssen auch neue geschaffen werden, damit das Revier und die hier lebenden Menschen wieder eine Zukunft haben.

[...]